

Landtag**Drucksache 21/1749****21. Wahlperiode**

20. April 2026

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP**Wirtschaftliche Sicherheit ohne Abschottung: Binnenmarkt, WTO und außenwirtschaftliche Standortbedingungen des Landes Bremen**

Für Bremen als offenen Hafen-, Industrie- und Logistikstandort sind verlässliche außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung. Ein funktionierender europäischer Binnenmarkt, ein regelbasiertes multilaterales Handelssystem, geringe bürokratische Belastungen, effiziente Verfahren sowie leistungsfähige Häfen und Logistikketten sind wesentliche Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und internationale Arbeitsteilung.

Aus liberaler Sicht ist nicht staatliche Lenkung, sondern ein offener und verlässlicher Ordnungsrahmen entscheidend: offene Märkte, Wettbewerb, klare Regeln, schnelle Verfahren und geringe Transaktionskosten. Gerade für Bremen entsteht wirtschaftliche Resilienz nicht durch Abschottung, sondern durch Diversifizierung und marktwirtschaftliche Anpassungsfähigkeit.

Die internationale Debatte zeigt, dass Handelschancen nicht nur von Zöllen oder Handelsabkommen abhängen. Ebenso relevant sind nichttarifäre Hemmnisse, regulatorische Fragmentierung, langsame oder uneinheitliche Verfahren, hohe Dokumentationspflichten und unzureichend digitalisierte Abläufe. Für Bremen ist daher nicht nur die internationale Handelspolitik von Bedeutung, sondern auch die Frage, ob Binnenmarkt, Verwaltung, Hafenprozesse und staatlicher Vollzug Handel erleichtern oder erschweren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Europäischer Binnenmarkt

- 1) Welche Binnenmarkthemmnisse bestehen aus Sicht des Senats weiterhin für bremische Unternehmen, insbesondere im Dienstleistungsverkehr, bei technischen Vorschriften, Meldesystemen, Transport, öffentlichen Aufträgen, Entsendung, Berufsqualifikationen und digitaler Regulierung?
- 2) Welche dieser Binnenmarkthemmnisse sind aus Sicht des Senats für kleine und mittlere Unternehmen im Land Bremen besonders belastend?
- 3) In welchen Bereichen setzt sich der Senat konkret für mehr gegenseitige Anerkennung, weniger Berichtspflichten, schnellere Verfahren und einen praktisch besser funktionierenden Binnenmarkt ein?

- 4) Welche wirtschaftlichen Potenziale sieht der Senat für das Land Bremen in einem konsequenten Abbau verbliebener Binnenmarkthemmnisse?
- 5) Welche Folgen haben aus Sicht des Senats nationale Sonderwege, regulatorische Fragmentierung und uneinheitliche Vollzugspraxis innerhalb der Europäischen Union für die Wettbewerbsfähigkeit bremischer Unternehmen?
- 6) Welche Bedeutung misst der Senat dem Binnenmarkt für die Bremischen Häfen, die Logistikbranche und grenzüberschreitende Lieferketten bei?

Multilaterales Handelssystem und WTO

- 7) Welche Bedeutung misst der Senat einer Stärkung des multilateralen Handelssystems und der Welthandelsorganisation für den Standort Bremen bei?
- 8) Welche Risiken sieht der Senat für Bremen durch eine weitere Fragmentierung des Welthandels in konkurrierende geopolitische und regulatorische Blöcke, soweit diese Risiken nicht einzelne Wirtschaftsräume, sondern die generelle Schwächung regelbasierter Handelsbeziehungen betreffen?
- 9) Welche Position vertritt der Senat zur Stärkung regelbasierter Streitbeilegung, zu Handelserleichterungen, zu Transparenz und zum Abbau globaler Handelshemmnisse im Rahmen der WTO?
- 10) Welche Bedeutung misst der Senat plurilateralen Ansätzen, insbesondere in den Bereichen E-Commerce, Dienstleistungen, Investitionserleichterung und Zollvereinfachung, für bremische Unternehmen bei?
- 11) Welche konkreten Erwartungen hat der Senat an Bund und Europäische Union zur Stärkung des multilateralen Handelssystems im Interesse eines offenen Handelsstandorts Bremen?

Wirtschaftliche Sicherheit, Resilienz und Offenheit

- 12) Wie grenzt der Senat wirtschaftlich sinnvolle Resilienz und Diversifizierung von protektionistischer Abschottung, politisch motivierter Marktverengung und industriepolitischen Dirigismus ab?
- 13) Welche Rolle spielen aus Sicht des Senats offene Beschaffungsmärkte, Wettbewerb, private Investitionen, Diversifizierung von Bezugs- und Absatzmärkten sowie funktionierende Infrastruktur für die Resilienz des Wirtschaftsstandorts Bremen?
- 14) Welche Risiken sieht der Senat in industriepolitischen Subventionswettkämpfen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union für einen vergleichsweise offenen und mittelständisch geprägten Standort wie Bremen?
- 15) Welche landes-, bundes- oder EU-seitigen Regulierungen, Berichtspflichten, Dokumentationsanforderungen oder Verfahrensvorgaben erschweren nach Kenntnis des Senats derzeit die Nutzung außenwirtschaftlicher Chancen durch bremische Unternehmen?

besonders stark, soweit diese Belastungen marktübergreifend wirken und nicht auf einzelne Wirtschaftsräume beschränkt sind?

- 16) Für welche konkreten regulatorischen Vereinfachungen, Verfahrensbeschleunigungen, Bürokratieentlastungen und Digitalisierungsmaßnahmen setzt sich der Senat auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene ein, um die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bremen zu verbessern?
- 17) Welche Defizite bestehen aus Sicht des Senats bei Zollabfertigung, Kontrollverfahren, Digitalisierung, Genehmigungsabläufen oder administrativer Koordination, die die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Bremens beeinträchtigen?
- 18) Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um die Bremischen Häfen, logistische Prozesse und grenzüberschreitende Warenströme schneller, digitaler und effizienter zu machen?
- 19) Welche konkreten Belastungen ergeben sich aus Sicht des Senats für bremische Unternehmen durch kumulierte europäische und nationale Berichtspflichten, Nachhaltigkeits- und Compliance-Vorgaben, und für welche Vereinfachungen setzt sich der Senat ein?

Beschlussempfehlung:

Gökhan Brandt, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Anlage(n):

- keine